Diener Englands. Die Flagge spielt dabei keine Rolle. Die Ladungen der Engländer, die Güter für die Briten herumbringen, dürfen sich nicht wundern, wenn sie sich dabei ein Bein brechen und auf der Strecke liegenbleiben. England vergießt zwar insgeheim wegen dieser täglichen Verluste blutige Tränen, trauert jedoch nicht im geringsten um die verlorenen neutralen Schiffe. Diese Schiffe sind ihm im Grunde genommen völlig gleichgültig, ebenso die Männer, die bei den Todesfahrten nach und von England ums Leben kommen. Sie haben sich den Briten verkauft, sie müssen also mit jedem Schicksal einverstanden sein. Im übrigen sucht London den steigenden Tonnageausfall durch die Charterung anderer neutraler Schiffe auszugleichen, die es nach Möglichkeit in die besonders bedrohten Gewässer entsendet, während es die eigene Handelsflotte zu schonen sucht. Denn auch darüber, wie das Verhältnis nach dem Kriege sein werde, hat man sich in England bereits öffentlich unterhalten. Die Engländer möchten, daß dieser Krieg die neutrale Handelsflotte weitgehend dezimiert, damit dann die englischen Handelsschiffe das große Frachtengeschäft machen können. Auch hier haben wir einen Ausfluß der egoistischen Denkweise der britischen Plutokraten, die aber planen und vorhaben mögen, was sie wollen. Diesen Krieg gewinnen sie nicht, sie werden ihn so verlieren, wie noch nie ein Land einen Krieg verlor.

Der Kriegshetzer Coulondre

(Fortsetzung von der 1. Seite)

mehr für die seinem Lande abträglichen Folgen der Veröffentlichung hatte.

Diesem französischen Botschafter war von Anfang an jedes Mittel recht, um die deutsche Politik zu verdächtigen und zu entstellen. Er sucht in seiner Berichterstattung in jeder Weise Mißtrauen gegen das Reich zu wecken und seine Regierung von einer Politik des Ausgleiches mit Deutschland abzubringen. Sensationelle Erzählungen, die ihm von obskuren Mittelsmännern zugetragen werden oder die er selbst erfunden hat, ja jeder Klatsch und jedes Hintertreppengerücht werden von ihm als bare Münze nach Paris gegeben. Um diese Seite seiner Berichterstattung zu kennzeichnen, mögen folgende Beispiele genügen:

Dr. Hacha kam aus eigenem Entschluß nach Berlin

Schon am 15. Dezember 1938, also wenige Wochen nach Antritt seines Postens in Berlin, weiß Coulondre dem Reich ohne jede Unterlage, rein aus der Luft gegriffen, phantastische Eroberungspläne anzudichten, die u. a. die Unterwerfung Ungarns und die Schaffung einer Groß-Ukraine zum Ziel haben sollen.

Am 17. März 1939 schreibt Coulondre über die Reise des Präsidenten Hacha nach Berlin folgendes: „Am Nachmittag des 14. März ließ die deutsche Gesandtschaft in Prag das Palais Czernin (das tschechische Außenministerium) wissen, daß es in Anbetracht der Verschärfung der Lage nützlich sein könne, wenn der Präsident der Republik und der Minister des Auswärtigen sich nach Berlin begeben würden." Aus dieser Darstellung soll natürlich gefolgert werden, daß die tschechischen Staatsmänner durch deutschen Druck gezwungen worden seien, die Reise nach Berlin anzutreten. In Wahrheit war es bekanntlich Präsident Hacha selbst, der angesichts der Loslösung der Slowakei und der chaotischen Zustände in Böhmen und Mähren von sich aus darum bat, zusammen mit seinem Außenminister vom Führer empfangen zu werden. Diese Bitte wurde vom Außenminister Chvalkovsky dem deutschen Geschäftsträger in Prag zunächst am Abend des 13. März telephonisch und dann am frühen Morgen des 14. März durch ein persönliches Handschreiben wiederholt, worin der tschechische Minister anfragte, „ob Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler den Herrn Präsidenten Dr. Emil Hacha Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung gewähren würde". Hierauf kam bekanntlich Präsident Hacha nach Berlin und legte in einer freien Vereinbarung das Schicksal seines Landes in die Hand des Führers.

MINISTR ZAHRANIČNÍCH VĚCÍ

Praha, am 14. März 1939

Sehr geehrter Herr Geschäftsträger!

bezugnehmend auf unser gestriges telephonisches Gespräch beehre ich mich dürfen Ihrer gütigen Kenntnahme anzuzeigen, daß Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler dem Herrn Präsidenten Dr. Emil Hácha Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung gewähren wird.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung

Ihr ergebener
V. Chvalkovský

Herrn Walter Koenig,
Geschäftsträger des Deutschen Reiches ch. ch. ch.
Praha.

(Scherl-Bilderdienst-M.)

Ebenso unwahr wie die Behauptung Coulondres über dieses Thema ist auch seine Darstellung des Verlaufs der Berliner Besprechungen mit den Herren Hacha und Chvalkovsky. Obwohl der französische Botschafter von den damaligen internen Vorgängen überhaupt keine Kenntnisse haben konnte, schildert er sie ausführlich in einer Weise, die nur als Sensationsmacherei schlechtester Sorte bezeichnet werden kann.

Trübe Quellen

Am 7. Mai 1939 gibt Coulondre die Aufzeichnung über ein Gespräch mit einem angeblichen „Vertrauten des Führers" nach Paris, obgleich ihm schon die Person des Verfassers der Aufzeichnung zur größten Vorsicht hätte zwingen müssen. Es steht nämlich fest, daß diese Aufzeichnung von dem französischen Botschaftsrat Conty stammt, der in den politischen Kreisen Berlins als übler antideutscher Hetzer bekannt war. Er hatte sich sogar gegenüber Deutschen zu derartig unglaublichen Angriffen auf die Reichspolitik hinreißen lassen, daß das Auswärtige Amt bereits im Dezember 1938 die französische Botschaft hatte bitten müssen, seine baldige Versetzung zu veranlassen.

Der französische Botschafter mußte sich also im Mai 1939, nachdem der Fall Conty von deutscher Seite auch mit ihm selbst besprochen worden war, klar darüber sein, daß dieser Untergebene in seiner notorischen Deutschfeindlichkeit ihm völlig unzuverlässige und entstellte Berichte liefern würde. Trotzdem beeilte sich Coulondre, aus der Contyschen Aufzeichnung die weitestgehenden Schlüsse zu ziehen und die französische Regierung in scharfmacherischer Weise zur Verstärkung der französischen Aufrüstung und zur Einkreisungspolitik anzutreiben.

Das Stichwort zum Einkreisungskrieg

Diese Scharfmacherei ist neben der an den vorstehenden Beispielen aufgezeigten Unzuverlässigkeit überhaupt das eigentliche Charakteristikum, das die Berichterstattung des Botschafters und damit ihn selbst kennzeichnet. Schon am 14. März 1939 liefert er das Stichwort für die antideutsche Propaganda des Einkreisungskrieges, indem er behauptet, das „Deutschland Adolf Hitlers sei zur Eroberung Europas aufgebrochen". Am 19. März fordert er seinen Minister auf, nun endgültig zur traditionellen Einkreisungspolitik zurückzukehren. Man müsse im Osten eine Barriere errichten, die den deutschen Druck wenigstens in gewissen Grenzen aufhalten könne. Dabei müsse man sich die Unruhe der Hauptstädte Mitteleuropas und vor allem Warschaus zunutze machen. Gleichzeitig solle Frankreich mit allen Mitteln und mit größter Schnelligkeit seine Rüstung auf das äußerste vermehren.

Am Tage nach der versöhnlichen Rede des Führers vom 28. April schreibt er, man werde Deutschland im Zaume halten können, wenn man nur weiter aufrüste und das antideutsche Bündnissystem verstärke. Jedes Eingehen Polens auf das großzügige deutsche Angebot sieht er als verhängnisvoll für Frankreich an, denn es hätte nach seiner Ansicht Polen der Achse nähern und dem englisch-französischen Block abspenstig machen können. Ohne jedes Verständnis für das Interesse Deutschlands am Schicksal der deutschen Stadt Danzig und den deutschen Volksgenossen in Polen, sucht er seiner Regierung in immer neuen Wendungen zu suggerieren, daß Deutschland das Danziger Problem nur als Vorwand benutze, um Polen „zu einem Vasallen des Reiches zu machen".

„Polen darf dem französischen Bündnissystem nicht verlorengehen"

Auch während der Zuspitzung der deutsch-polnischen Krise bleibt für Coulondre nur ein Gedanke maßgebend: Polen darf dem französischen Bündnissystem nicht verlorengehen; deshalb darf keine deutsch-polnische Verständigung zustande kommen. So wendet er sich am 11. Juli ausdrücklich gegen den Gedanken, Polen zu irgendetwas Einlenken zu bewegen: „Finde der Druck auf Warschau, um es dahin zu bringen, den deutschen Forderungen nachzugeben, könnte nur zu den schlimmsten Katastrophen führen." Am 27. August beschwört er nochmals seine Regierung, unter keinen Umständen den Eindruck aufkommen zu lassen, als lauerten die Westmächte auf irgendeinen Vergleich; und in der Nacht vom 29. zum 30. August telephoniert er seinem Minister, er stimme dem englischen Botschafter darin zu, daß Polen einen Unterhändler ernennen solle, um „in den Augen der Welt seinen guten Willen zu zeigen", erklärt aber sofort, eine Reise Becks nach Berlin würde ernste Nachteile mit sich bringen, da sie als ein moralischer Erfolg Deutschlands und als Zeichen des polnischen Nachgebens ausgelegt werden könnte.

Die Westmächte wollten keine Verhandlungen

Hier erbringt Coulondre einen besonders deutlichen Beweis dafür, daß die Westmächte niemals ernstliche Verhandlungen über die berechtigten deutschen Forderungen gewünscht haben, sondern daß ihr Vorschlag einer direkten deutsch-polnischen Fühlungnahme ihnen nur in letzter Stunde ein Alibi vor ihren Völkern und der Welt verschaffen sollte.

So hat Botschafter Coulondre, der in Berlin jedem Deutschen versicherte, alles tun zu wollen, um die deutsch-französischen Beziehungen so gut wie möglich zu gestalten, sich in Wahrheit als einer der Totengräber der deutsch-französischen Verständigung erwiesen. Man würde ihm allerdings zu viel Ehre antun, wenn man ihm die Rolle einer führenden politischen Persönlichkeit zuweisen wollte. Er war nur ein beflissener Handlanger kriegstreibender Kräfte in Paris, deren Tendenzen er kannte und durch seine Berichterstattung fördern wollte.

Er hat aber mit dazu geholfen, daß es seinen maßgebenden Gesinnungsgenossen in Paris gelang, die im Schlepptau Englands fahrende französische Regierung zur Erklärung des Angriffskrieges gegen Deutschland zu bestimmen. Heute ist dieser Diplomat anscheinend einer der außenpolitischen Berater des französischen Ministerpräsidenten und hat gewiß sein Teil dazu beigetragen, daß das Friedensangebot des Führers vom 6. Oktober 1939 zynisch abgelehnt wurde. Wir beneiden das französische Volk nicht um diesen Mann.

Weiteres starkes Ansteigen der Lebensmittelpreise in England

75 v. H. über dem Höchststand von 1939

Amsterdam, 25. Jan. Die englischen Lebensmittelpreise haben in der letzten Woche abermals eine weitere Steigerung erfahren. Sie stehen jetzt bereits um 75 v. H. über dem Höchststand des Jahres 1939. Da die englischen Kapitalisten sich bisher weigern, die Löhne zu erhöhen, auf der anderen Seite verständlicherweise keinerlei Maßnahmen treffen, um dem Steigen der Lebensmittelpreise Einhalt zu gebieten, ist für die arbeitende englische Bevölkerung schon heute der Kauf von Speck, Frischfleisch, Käse und Gemüsen völlig unmöglich geworden. Von den Ladenbesitzern werden sogar die rationierten Lebensmittel an die ärmere Bevölkerung nicht ausgegeben, weil diese die geforderten hohen Preise nicht zu bezahlen in der Lage ist und sich die so „ersparten" rationierten Lebensmittel gewinnbringend im Schleichhandel absetzen lassen. Die Verdienste, die große englische, zumeist im jüdischen Besitz befindliche Lebensmittelkonzerne auf diese Weise ergaunern, gehen nach unwidersprochenen englischen Feststellungen bereits in die Millionen.

England schlachtet bereits tragende Kühe

Amsterdam, 25. Jan. Gegenüber vielfachen Beschwerden über die Schlachtung tragender Kühe sah sich der Ernährungsminister zu einer Entschuldigung gezwungen. Er gab bekannt, daß er die Wiederholung derartiger Schlachtungen verboten habe. Das komme aber eben nur für die Zukunft in Betracht. Tatsächlich seien tragende Kühe für menschliche Ernährungszwecke in bedauerlich großer Zahl herangezogen worden. Wegen der Fleischknappheit und der Notwendigkeit der Bereitstellung inländischen Büchsenfleisches für den Heeresbedarf habe sich die Schlachtung tragender Kühe nicht länger vermeiden lassen.

Keine Hinterbliebenenunterstützungen in England

Im Unterhaus interessiert das nicht — Der Kriegsminister lenkt ab

Berlin, 25. Jan. Der neue englische Kriegsminister stellte sich dem Unterhaus zu zahlreichen Anfragen von Abgeordneten über die mangelnde Unterstützung von Hinterbliebenen der Kriegsopfer. Obwohl Stanley zum erstenmal vor dem englischen Unterhaus als Kriegsminister auftrat und obwohl die Abgeordneten von Beschwerdebriefen der Hinterbliebenen vom „Royal Oak", der „Courageous" und der anderen versenkten Schiffe förmlich überschwemmt werden, beteiligten sich an der Debatte nur sechs (!) Abgeordnete. Im ganzen Unterhaus waren aber genau gezählt — vom Berichterstatter beispielsweise des „Daily Expreß" — nur 21 Mitglieder anwesend! 21 von 700, wenn es um die Hinterbliebenen der Kriegsopfer geht!

Was dabei zur Aussprache kam, spottet vom deutschen Standpunkt aus jedem Versuch einer noch so nüchternen Darstellung, mit der man Aussicht auf gläubige Leser finden könnte. Wir verstehen so etwas einfach nicht. Man höre: Für Unterstützungen sind in England die Arbeitslosenämter da. Wer unterstützt werden will, muß sich an diese wenden, auch wenn man eine Unterstützung als hinterbliebene Soldatenmutter oder Soldatenwitwe haben will. Die Arbeitslosenämter lehnen aber jede Unterstützung kategorisch ab, wenn die Antragsteller nicht schon früher unterstützungsberechtigt durch ihren Arbeitsplatz gewesen sind. Der Tod für England ist für die dort herrschenden Klassen noch lange kein Grund, die Hinterbliebenen vor Hunger und Elend zu schützen. Erhielt eine Mutter oder bekamen arme Eltern vom Kriegssold ihres Sohnes auf einem der stolzen Schiffe der Flotte des an seinem Reichtum erstickenden Englands Unterstützungen von 5—10 Schilling — wie das u. a. der Abgeordnete Collindridge ausdrücklich von Müttern und Vätern mit der „Royal Oak" und der „Courageous" Untergegangenen hervorhob, dann wird ihnen ein Antrag um einen entsprechenden Ausgleich brüsk abgelehnt.

Kriegsminister Oliver Stanley wußte darauf nur zu erwidern, daß er sich nach den Zusammenhängen erkundigen würde. Eine Allgemeinregelung von Hinterbliebenenunterstützung komme jedoch nicht in Frage! Mit dieser Auskunft gaben sich die 21 Abgeordneten zufrieden. Ob auch die englischen Soldaten mit ihr zufrieden sind?

Die Grippeepidemie in der englischen Expeditionsarmee

Teilweise über 50 v. H. der Truppeneinheiten erkrankt

Brüssel, 25. Jan. Reisende, die aus Frankreich nach Brüssel kamen, erzählen, daß sie auf den Bahnhöfen von St. Quentin und Cambrai zahlreiche Lazarettzüge sahen. Auf ihre Frage an das Begleitpersonal, ob denn plötzlich größere Kämpfe an der Front ausgebrochen seien, wurde ihnen geantwortet, daß in der britischen Expeditionsarmee eine starke Grippeepidemie infolge der großen Kältewelle ausgebrochen sei. Die Zahl der Erkrankungen sei außerordentlich hoch und überschreite in einzelnen Einheiten 50 v. H.

Man hat in aller Eile in London neue Ärzte eingezogen, da die bisherigen Militärärzte der Epidemie nicht mehr Herr wurden.

Im „News Chronicle", dem einzigen Londoner Blatt, in dem bisher ein scheinbar der Zensur entgangener Bericht über die Epidemie erschien, beklagt sich der Berichterstatter über die mangelhafte Unterbringung der britischen Truppen in Frankreich, die zu Massenerkrankungen führe.

Englischer Druck auf Rumänien

DNB. Berlin, 25. Januar. Die englische Presse beschäftigt sich lebhaft mit den Gerüchten, nach denen Rumänien bereit sei, einen großen Teil seiner Eisen-, Stahl- und Petroleumerzeugung an Deutschland zu liefern. Die englische Presse ist der Ansicht, daß England seine Politik gegen Rumänien ändern muß, wenn sich die Gerüchte über eine Steigerung des deutsch-rumänischen Handels bestätigen. Nach Meinung der englischen Presse ist diese Handelspolitik mit der Bindung Rumäniens an die Westmächte unvereinbar, die durch die militärische Garantie die Einfuhr englisch-französischer Rohstoffe erleichtere. England will sich allen neuen Konzessionen an Deutschland stark widersetzen.

Der „Daily Herald" erinnert daran, daß der größte Teil des rumänischen Petroleums sich in der Hand englischer, französischer, holländischer und amerikanischer Gesellschaften befindet. Wenn Rumänien Deutschland größere Mengen Petroleum verkaufe, könne es auf die Hilfe der Westmächte nicht mehr rechnen. Diese Haltung der englischen Presse ist bezeichnend für die Methodik der englischen Politik. Es wird versucht, auf ein Land, das zur Wahrung seiner Lebensinteressen mit einer anderen Macht einen gegenseitigen Handelsvertrag abschließt und ihn erfüllt, einen politischen Druck auszuüben!

Weiterer Schritt zur Schaffung neuer Kriegsschauplätze

Amsterdam, 26. Jan. Aus einer Meldung des „Daily Telegraph" geht hervor, daß Frankreich und England über die Frage der Prüfung der Beachtung norwegischer Hoheitsgewässer einen Vorwand suchen, Sonderrechte in den norwegischen Hoheitsgewässern zu verlangen. Diese durchsichtige Veröffentlichung gehört in das Gebiet der englischen Bemühungen, andere Länder in Kriegsschauplätze zu verwandeln.

Unsere Meinung

Churchill am 20. 1. 1940: „Was würde geschehen, wenn alle diese neutralen Staaten mit einem einzigen spontanen Impuls ihre Pflicht täten . . ."

Zeichnung: Roha/Dehnen-Verlag

Neger, Indianer und jetzt auch Maori zur „Verteidigung der europäischen Zivilisation"

Wer soll Englands Phrasen da noch ernst nehmen?

Berlin, 26. Januar. Zu den afrikanischen Negern und kanadischen Indianern, die die „europäische Zivilisation" gegen die „Barbaren", gegen das Land eines Goethe und eines Kant „verteidigen" sollen, haben sich weitere Kulturträger gesellt. Die polynesischen Maori sind von England, wie London mit Stolz verzeichnet, jetzt auch zum Kriegsdienst gepreßt worden. Ein Bataillon der Maori in Stärke von 1000 Mann — der ganze Völkerstamm umfaßt nur etwa 50 000 bis 60 000 Menschen — ist ausgehoben und in einem Zeltlager in Neu-Seeland zusammengezogen worden, um hier ausgebildet zu werden. Rothäute und Neger sollen sich für ihre Unterdrücker opfern — ob aber die Rechnung aufgehen wird?